

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	11
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	16
Tierschutz & Ethik	18
Umweltpolitik & Umweltrecht	18
Verkehr & Tourismus	21
Wasser & Meere	22
Wirtschaft & Ressourcen	24

VERBÄNDE



DNR intern	26
Aus den Verbänden	27
Ehrenamt	27
Preise & Ausschreibungen	28
Impressum	28

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung 29
Schwerpunkt: Klimabildung

THEMEN DES MONATS

UN-Klimakonferenzen

Klima der Gerechtigkeit?

Was die Genderfrage mit einer gelingenden Klimapolitik zu tun hat

Seite 2

EU-Wasserpolitik

Lebendige Flüsse für Europa

Nur wenn der Gewässerschutz ernst genommen wird, ist der Artenverlust in Flüssen, Bächen und Seen zu stoppen

Seite 4

Bioökonomie

Biomasse aus der Steckdose?

Die Rohstoffe für die Bioökonomie werden knapper

Seite 6

Interview: Tobias Pforte-von Randow über den Kohleausstieg

„1,5 Milliarden für Strukturwandel“

Kohlekommission der Bundesregierung muss alle Betroffenen beteiligen

Seite 13

EU-Wasserpolitik

Lebendige Flüsse für Europa

Nur wenn der Gewässerschutz ernst genommen wird, ist der Artenverlust in Flüssen, Bächen und Seen zu stoppen

2018 überprüft die EU-Kommission die Wasserpolitik in der Europäischen Union. Es gilt herauszufinden, ob mit den derzeit laufenden Maßnahmen der angestrebte „gute Zustand“ von Flüssen, Seen oder Meeren zu schaffen ist oder nicht. Dazu haben deutsche Umweltverbände jetzt ein Eckpunktepapier veröffentlicht. ■ VON TOBIAS SCHÄFER, GRÜNE LIGA

Unsere Gewässer sind arg bedroht: Nur sieben Prozent der Flüsse in Deutschland sind in einem „guten ökologischen Zustand“, ein gutes Drittel wird als „unbefriedigend“ eingestuft, zwanzig Prozent gar als „schlecht“, so die Bilanz des Umweltbundesamtes für das Jahr 2015. Das Grundwasser ist auf einem Drittel der Landesfläche so stark mit Nitrat belastet, dass der Trinkwassergrenzwert überschritten ist. Was geht hier vor? Offenbar hat bislang der Wille gefehlt, dem Schutz unseres kostbarsten Lebensmittels und des Lebenselixiers unseres Planeten endlich klare politische Priorität zu verleihen. Stattdessen subventionieren wir die Nitratverseuchung des Grundwassers, die Überdüngung und Güllerverklappung, wir pumpen Unsummen in die Kanalisierung von Flüssen, auch wenn – wie auf der Elbe – quasi kein Schiff in Sicht ist, und wir alle unterstützen für ein paar Watt Wasserkraft die Verstümmelung unserer Bäche und Flüsse und das millionenfache Schreddern von Fischen bis zu ihrer Ausrottung. Es ist höchste Zeit, diesem Unsinn entgegenzutreten. Es muss endlich darum gehen, die guten Ziele unserer gemeinschaftlichen Wasserpolitik auch wirklich zu verfolgen – aus Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen und für die Zukunft unserer Gewässer.

Sauberes Wasser in Gefahr

Sauberes Wasser und gesunde Flüsse sind nicht verhandelbar, sondern öffentliches Gut und Gemeinwohlanliegen. Angesichts des dramatischen Einbruchs der aquatischen Biodiversität in Europa darf es in der Wasserpolitik nicht allein um den Schutz der Wasserressourcen gehen, es

muss zugleich immer um den Schutz von Flora, Fauna und natürlichen Prozessen in unseren Flüssen, Seen und Küstengewässern gehen. Die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bietet hierfür als EU-weit gültiges Gesetzeswerk seit ihrem Inkrafttreten im Jahr 2000 eine geeignete Basis. Ihre zentralen Ziele: der „gute Zustand“ in Hinsicht auf ökologische und chemische Qualität bei Oberflächengewässern (beim Grundwasser in Hinsicht auf chemische Qualität und Menge) sowie das Verschlechterungsverbot. Der wegweisende Ansatz des Flussgebietsmanagements über nationale Grenzen hinweg wird nicht ohne Grund in aller Welt bestaunt. In der Praxis werden die Ziele des Gewässerschutzes jedoch eklatant verfehlt. Denn sie wurden bislang bei Weitem nicht mit dem Ernst verfolgt, der geboten ist. Gewässerschutz ist aber nicht allein Aufgabe der Wasserwirtschaft, sondern eine Querschnittsaufgabe für andere Politikfelder. Bestes Beispiel dafür: Die Bundesrepublik Deutschland steht völlig zu Recht in Straßburg vor Gericht, weil die Agrarpolitik ein Vierteljahrhundert lang eine wirksame Düngegesetzgebung verhindert hat. Die Richtlinie zum Schutz der Gewässer vor der Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen (Nitratrichtlinie), die von der Regierung Kohl 1991 mitbeschlossen wurde, ist immer noch nicht umgesetzt. Gegen ein derartiges Regelungsdefizit kann keine wasserwirtschaftliche Maßnahme ankommen.

Achtzehn Jahre nach dem Inkrafttreten der Wasserrahmenrichtlinie unterzieht die Europäische Union ihre Wasserpolitik einer Überprüfung. Ein sogenannter Fitness-Check der einschlägigen Richtlinien soll zeigen, ob die Ziele des Gewässerschut-

zes für die Flora, Fauna und Ökologie der Binnen- und Küstengewässer, für die chemische und mengenmäßige Qualität der Wasserressourcen und die Ziele für ein nachhaltiges Wassermanagement erreicht wurden: Ist die gegenwärtige Wasserpolitik in der Lage, den angestrebten „guten Zustand“ der Gewässer zu erreichen oder nicht?

2018 ist ein europäisches Wasserjahr: Von Juli 2018 bis Anfang Oktober ruft die EU-Kommission die Bürger aller Mitgliedstaaten auf, sich an einer öffentlichen Konsultation zur Zukunft der Wasserpolitik zu beteiligen. Vom 20.–21. September 2018 findet zudem in Wien die 5. Europäische Wasserkonferenz statt.

18 Jahre Wasserrahmenrichtlinie

Wo stehen wir im Jahr 2018? Bei allen bemerkenswerten Erfolgen im Einzelnen ist auch in Deutschland das Erreichen der Ziele die Ausnahme. Im Gegenteil: Die Ausnahmen sind die Regel. Und es fehlen noch immer klare Vorstellungen davon, welche Maßnahmen denn ganz konkret notwendig wären, um den guten Zustand in den einzelnen Gewässern zu erreichen. Ohne diese Grundlage kann weder sinnvoll geplant werden noch kann der Fitness-Check zu einem soliden Ergebnis kommen.

Entscheidend für das beständige Verfehlen der Ziele ist aber vor allem, dass es bislang nicht gelungen ist, diese Ziele auch in anderen Politikbereichen zu verankern. Und zwar in denjenigen, die den größten Schaden an und in den Gewässern anrichten, allen voran Landwirtschaft, Energie, Schifffahrt und Bergbau. Nitrat im Grundwasser, Ackergifte und Gülle in Gewässern, Bodenerosion und Sedimenteintrag,

Lebensraumzerstörung vom Ufer bis ins Bachbett – wir subventionieren die horrende Umweltbelastung durch die industrielle Landwirtschaft mit Unsummen öffentlicher Gelder: 59 Milliarden Euro jährlich, der mit Abstand größte Haushaltsposten der EU. Während die Lobby der Agrarindustrie die Öffentlichkeit gekonnt an der Nase herumführt, stellt eine verfehlte Agrarpolitik das Verursacherprinzip auf den Kopf. Hier kann man nur von Politikversagen sprechen. Keiner kann sich leisten, dass es auch nach der nächsten Agrarreform wieder „Weiter so!“ heißt. Wir brauchen eine Wende hin zu einer gewässerträglichen Landwirtschaft, die ihre natürlichen Produktionsgrundlagen erhält. Auch andere Wirtschaftsbereiche wie etwa die „Biogas“-Erzeugung, Bergbau oder Energiewirtschaft werden bisher von einer stringenten Verpflichtung zum Gewässerschutz ausgenommen, während die Gesellschaft die Zeche zahlt, etwa durch höhere Trinkwasserpreise.

Vom Verschlechterungsverbot, einem zentralen Inhalt der WRRL, gar nicht zu reden. Wasserkraft zerstört das Wesen der Flüsse. Zwangsläufig. Egal, wie oft wir das Märchen vom Ökostrom noch hören müssen: Es ist nichts Grünes an einer Turbine im Fluss, und eine Staumauer ist der Grabstein für die dem Fluss eigene Dynamik. Wie kann es sein, dass dieser Irrsinn bei uns über eine Umlage gefördert wird, die jeder Stromkunde zahlen muss?

Wasserkraft können wir uns sparen. Die über 7.300 kleineren Wasserkraftwerke (kleiner als ein Megawatt) in Deutschland decken alle zusammen deutlich unter ein Prozent der Strombedarfs. Wie das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei in seinem Dossier zur letzten Bundestagswahl konstatiert, sind diese Anlagen ein Hauptgrund dafür, dass die Umweltziele für Fließgewässer verfehlt werden. Dabei sind sie für Energiewende, Netzsicherheit und Energiemix bedeutungslos. Abriss und Renaturierung wären öffentliches Geld wert, nicht Weiterbetrieb. Staudammrückbau passiert längst, in den USA, in Frankreich und anderswo: Turbinen aus, Kraftwerke raus, lasst die Flüsse wieder fließen.

Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten müssen nun deutlich machen, wie eine wirkungsvolle Umsetzung ihrer Wasserpolitik aussehen soll. Pläne und Maßnahmenprogramme, Ordnungsrecht und ökonomische Anreize sind grundsätzlich die richtigen Instrumente. Sie sind aber bislang zu stumpf geblieben. Dies gilt es zu verbessern. Es muss darum gehen, endlich die Wasserressourcen zu schützen, anstatt ausgerechnet die Wirtschaftsweisen zu protegieren, die die Gewässer schädigen oder zerstören. Dies muss Vorrang haben. Denn auch in Zukunft brauchen wir gesundes Wasser in hervorragender Qualität und ausreichender Menge. Und es geht um unsere Natur und ihre Schönheit: Flüsse und ihre Auen sind die artenreichsten und dynamischsten Lebensräume in Europa, sie bilden die wichtigsten Korridore für die Ausbreitung von Arten und den großräumigen Biotopverbund. Zugleich gehören sie zu den faszinierendsten Landschaften, die wir kennen. Wie viele Menschen verbringen ihre Freizeit am, im und auf dem Wasser? Wie viele zieht es für Urlaub und Erholung dorthin? Lohnt es da nicht, etwas zu tun für lebendige Flüsse und Seen?

Der Zustand der Gewässer ist letztes Endes ein Abbild davon, wie wir mit Natur und Landschaft insgesamt umgehen. Flüsse, Seen und Meere, Feuchtgebiete und das Grundwasser – sie halten uns den Spiegel vor: So kann es nicht weitergehen. Nicht im Wasser, und auch nicht an Land. Wir müssen handeln. Jetzt.

Tobias Schäfer ist Referent Gewässerschutz bei der Grünen Liga und Mitglied der Water Working Group des EEB in Brüssel. Er ist Mitbegründer von flow : europe und Initiator der Veranstaltungsreihe Flussfifest.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 403935-72,
E-Mail: tobias.schaefer@grueneliga.de,
www.grueneliga.de,
www.wrml-info.de



Forderungen der Verbände

Der Deutsche Naturschutzring, GRÜNE LIGA, BUND, NABU und WWF Deutschland haben gemeinsam ein Eckpunktepapier zum Fitness-Check der Wasserpolitik erarbeitet. Die Verbände treten zusammen mit ihren Dachorganisationen im Bündnis „Living Rivers Europe“ dafür ein, die laufende Überprüfung der EU-Wasserpolitik dafür zu nutzen, den dramatischen Rückgang der biologischen Vielfalt in den Gewässern aufzuhalten und die vor knapp zwanzig Jahren formulierten Umweltziele für die Gewässer endlich ernst zu nehmen. Denn auch wenn wir noch weit entfernt davon sind, sie zu erreichen: Diese Ziele bleiben richtig.

Die Forderungen der Umweltverbände zur Überprüfung der EU-Wasserrahmenrichtlinie vom April 2018 in Stichpunkten:

- ▶ WRRL besser umsetzen
- ▶ Alle Maßnahmen bis 2027 umsetzen
- ▶ WRRL-Ziele in die Agrar-, Verkehrs- und Energiepolitik integrieren
- ▶ Kostendeckung und Verursacherprinzip konsequent anwenden
- ▶ Verschlechterungsverbot muss streng ausgelegt werden
- ▶ Erfolge besser kommunizieren
- ▶ EU-Recht mit der WRRL harmonisieren
- ▶ Öffentlichkeitsbeteiligung stärken

www.wrml-info.de

Unter dem Namen **Living Rivers Europe** will eine breite Allianz verschiedener Organisationen die Bevölkerung für den Wert naturnaher Flüsse sensibilisieren und in ganz Europa zwei Millionen Menschen für die Teilnahme an der Öffentlichkeitsbefragung zur WRRL mobilisieren. Denn die EU-Gesetzgebung ist ein wichtiger Motor für Verbesserungen an unseren Flüssen. Ohne breite öffentliche Unterstützung wird der Schutz unserer Gewässer nicht gelingen. Machen Sie mit!

Zur Befragung und weitere Informationen zur Kampagne:

www.wwf.de/livingrivers

„Im Koalitionsvertrag sind 1,5 Milliarden für den Strukturwandel festgeschrieben“

Die Emissionen aus der Kohleverbrennung heizen ungebremst das Klima an. Werden die Kohlekraftwerke nicht gedrosselt, verfehlt Deutschland sein Klimaziel und kann die Energiewende nicht bewältigen. Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ soll den Kohleausstieg erarbeiten. Dabei müssen die Betroffenen beteiligt werden, sagt Tobias Pforte-von Randow.

Im Namen der Kommission steht Wachstum an erster Stelle. Umweltverbände plädieren für eine ausgewogene Berücksichtigung ökonomischer, sozialer und ökologischer Interessen. Wer sollte dafür in der Kommission sitzen?

Neben den Umweltverbänden müssen es natürlich die Betroffenen sein. Das heißt in erster Linie die Gewerkschaften, dazu die betroffenen Länder. Und bei den betroffenen Ländern ist es uns wichtig, dass es nicht nur die Braunkohleländer sind, sondern auch die, die von einem Ausstieg aus der Kohle tendenziell profitieren können. Das heißt die, in denen besonders viele Erneuerbare sind, zum Beispiel Niedersachsen oder Schleswig-Holstein. Zudem wollen wir, dass der Ausstieg als gesamtgesellschaftliches Thema angegangen wird. Auf jeden Fall sollen auch europäische und von Braunkohle betroffene Bürger beteiligt werden.

Wie viele Beschäftigte gibt es in der Kohlebranche?

Wir sprechen deutschlandweit im Kohlesektor von etwas unter 20.000 Personen. Das ist aber auch schon groß gefasst, das heißt, Kraftwerke, Tagebau, direkte Zulieferer. Die sind sozusagen von der Kohle direkt betroffen, das ist im Verhältnis zu anderen Branchen wirklich wenig. Nichtsdestotrotz ist klar, dass wir uns um die kümmern müssen. Und wenn wir eine sozial-ökologische Transformation haben wollen, dann heißt das natürlich auch, dass wir mit denen arbeiten müssen. Und das heißt nicht, wie können wir das sozialpolitisch abfedern, sondern ich finde es richtig, dass es eine struktur- und regionalspezifische Frage ist. Das bedeutet, dass wir neue Perspektiven für diese Region und die Menschen, die bisher in der Kohlebranche gearbeitet haben, finden.

Wie müsste ein gerechter Übergang aussehen?

Es gibt unterschiedliche Wege. Ohne Brüche wird es nicht funktionieren können. Gleichwohl gibt es verschiedene Ansätze wie die Ansiedlung von technischen Forschungsinstitutionen in den Kohlerevieren, an denen sich dann eine Form von Industrie entwickeln kann; zum Beispiel Adlershof in Berlin, wo das gelungen ist. Es gibt auch Ideen, die vorhandene Infrastruktur, etwa in der Lausitz, für großflächige Industrieanlagen zu nutzen, die auf Erneuerbaren-Basis funktionieren. Das Problem ist, dass

bisher die Finanzierung für solche strukturpolitischen Wege nicht so klar war. Jetzt ist im Koalitionsvertrag festgehalten, dass über die Legislatur 1,5 Milliarden für diesen Strukturwandel bereitgestellt werden sollen.

Wie muss sich das Wirtschaftssystem ändern, damit die planetaren Grenzen in der Energiegewinnung und -nutzung nicht überschritten werden?

Grundlegend. Punkt. Wir diskutieren sehr, sehr viel über die Energiegewinnung, aber dies ist das kleinste der Transformationsprobleme, vor denen wir stehen. Wenn man sich die Industrie anguckt, wenn man sich die Landwirtschaft ansieht, und erst recht, wenn man sich den Verkehr anguckt, ist klar, die Herausforderungen sind immens. Und es ist immer eine Mischung. Wir brauchen auf der einen Seite ein Wachstum neuer grüner Technologien, die dann die Grundlage bilden können. Wir brauchen in gleichem Maße ein Abschmelzen energie- und ressourcenintensiver Energien. In vielen Bereichen wird es auch darum gehen müssen, dass wir Qualität vor Quantität setzen, aus einer reinen Wachstumslogik ausbrechen und Möglichkeiten ausloten, wie wir die Sozialsysteme auf eine andere finanzielle Grundlage stellen.

Was hat die sogenannte Kohleausstiegskommission als Erstes zu tun, um das 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens zu erreichen?

Wenn man Klimaschutz nicht nur in Prozenten und Zielen angibt, sondern den Budgetansatz zugrunde legt, dann müssen wir möglichst früh, möglichst schnell, möglichst viele Emissionen einsparen, weil diese sich in der Atmosphäre kumulieren. Also müssen wir als Allererstes massiv Kohlekapazitäten aus dem Markt nehmen. Wir, ein großes Bündnis von Nichtregierungsorganisationen, weit über die Klimaszene hinaus, fordern, bis 2020 die Hälfte aller Kohlekraftwerke stillzulegen. Das wären 20 Gigawatt und damit der notwendige Beitrag der Energiewirtschaft zur Erreichung des 2020-Ziels. Das wird schwer durchzusetzen sein, nichtsdestotrotz ist das der Anspruch. Die Klimawissenschaft lässt schwer mit sich verhandeln, weil es letztendlich um Physik geht.

Im Koalitionsvertrag steht, dass die Kommission ein endgültiges Ausstiegsdatum aus der Kohleenergie festlegen soll. Bis wann?

Das endgültige Ausstiegsdatum ist ein Stück weit eine Symboldebatte. Sie ist nicht unwichtig, weil wir wissen wollen, wann es vorbei ist, aber ob wir 2030 oder 2035 den letzten Block abschalten, ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist tatsächlich der Pfad. Und da gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen. Viele Akteure stellen sich vor, dass sie bis 2040 einfach so weitermachen können mit der Kohleerstromung. Und dann wird einfach abgeschaltet. Wir sagen ganz klar, der Abschaltplan oder ein Kohleausstiegspfad muss jetzt sehr schnell beginnen. Es ist ganz einfach davon abhängig, wie lange der letzte Meiler noch laufen kann. Wenn wir sehr ambitioniert einsteigen, dann ist es auch möglich, irgendeinen Meiler oder einen WärmeverSORGER, bei dem es teuer und schwierig wäre, den sofort zu ersetzen, zwei Jahre länger laufen zu lassen.

„In Deutschland gehen die Öfen aus“ – was ist dran an diesem Unkenruf der Industrie?

Deutschland ist übertouriert ohne Ende. Wir exportieren 50 Terawattstunden pro Jahr in andere Länder, das ist etwa die gesamte Stromerzeugung der fünf größten deutschen Atomkraftwerke. Die Versorgungssicherheit ist wichtig, denn, wäre die nicht gewährleistet, würde auch sofort die Akzeptanz für die Energiewende schwinden. Es gibt Dutzende belastbare Szenarien, die sagen, wie viel Kohle man wann abschalten kann. Wir müssen in Speicher investieren, damit wir den erneuerbaren Strom sinnvoll grundlastfähig machen können. Wir brauchen den temporären Zubau auch von Gaskraftwerken, wo es notwendig ist. Wir brauchen vor allem auch eine neue Akzeptanz in Bundesländern, die bisher beim Ausbau der Erneuerbaren weit zurück sind, für zusätzliche Onshorewind- und Fotovoltaikanlagen.

[Interview: Marion Busch]

Tobias Pforte-von Randow arbeitet beim DNR als Koordinator für Politik & Gesellschaft.

Kontakt:
tobias.pfortevonrandow@dnr.de
www.dnr.de



DNR INTERN

Standpunkt

Sachlich und entschieden gegen rassistische Inhalte

Das Präsidium des Deutschen Naturschutzing (DNR) hat im April ein Positionspapier zum Umgang mit der Partei Alternative für Deutschland (AfD) veröffentlicht. Darin betont der Umweltschutzverband seine menschen- und freiheitsrechtliche Haltung und seinen Einsatz für eine offene und demokratische Gesellschaft.

Der DNR bekennt sich in seiner Satzung und seinem Leitbild zu einem wissenschaftsbasierten Natur-, Umwelt- und Tierschutz. Er tritt rassistischen und fremdenfeindlichen Bestrebungen und anderen diskriminierenden oder menschenverachtenden Verfahrensweisen entschieden entgegen.

Die AfD ist programmatisch eine nationalistische und europafeindliche Partei, die zunehmend rassistische, extrem rechte und antidemokratische Positionen vertritt, die dem Grundgesetz und den Werten einer freiheitlich demokratischen Grundordnung entgegenstehen. Diese

Entwicklung darf nicht unterschätzt werden. Es bedarf einer ernsthaften gesellschaftlichen Auseinandersetzung, in der das demokratische Miteinander im Vordergrund steht.

Wegen der menschenverachtenden und fremdenfeindlichen Prägungen der AfD wird der DNR deren Abgeordnete nicht aktiv in seine Arbeit einbeziehen oder bei Veranstaltungen berücksichtigen, um ihnen so eine Bühne zu bieten.

Die umweltpolitischen Positionierungen der AfD widersprechen in ihren Grundsätzen den Beschlüssen des DNR. Die AfD erkennt zudem internationale Vereinbarungen, beispielsweise die der Klimakonferenz von Paris, des G7-Gipfels in Elmau sowie der Agenda 2030 von New York und die damit verbundenen Verpflichtungen Deutschlands nicht an. Dadurch blockiert die Partei bisher erreichte Errungenschaften im Klima- und Umweltschutz sowie die damit einhergehende international anerkannte Vorreiterrolle Deutschlands. Die umweltpolitischen Positionen der AfD sind rückwärtsgewandt und verwehren eine zukunftsfähige und sozial verträgliche Umweltpolitik. [red]

- Positionspapier: www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2018-04-04_Positionspapier_Umgang_mit_der_AfD.pdf

Katholikentag 2018

Motto „Suche Frieden“

Der DNR war auf dem diesjährigen Katholikentag in Münster (gemeinsam etwa mit der DBU, dem NABU oder dem VCD in einem Forum) vertreten. Präsidiumsmitglied Gerlinde Hoffmann präsentierte den Dachverband als Vertreterin des Umweltbeirats auf verschiedenen Foren und gegenüber den Medien vor Ort.

Sehr interessiert waren die Besucherinnen und Besucher an dem Diskussionspapier über Verantwortung in der Epoche des Anthropozäns, das DNR-Präsident Kai Niebert im März dem Papst überreicht hat. Auch das Interview zum gleichen Thema mit dem Vorsitzenden der NaturFreunde Deutschlands Michael Müller fand großen Anklang und wurde von vielen gelesen. „Papst Franziskus ist ein Geschenk“, sagte einer der zahlreichen Anwesenden, die sich für die Umwelt und Bewahrung der Schöpfung interessierten. Der Papst sei gegenüber vielen Themen, die derzeit die Welt bewegen, sehr offen, und setze sich für Veränderungen ein.

Trotz des Mottos des Katholikentags „Suche Frieden“ wurde in Münster trefflich auf vielen Veranstaltungen über gesellschaftspolitische Themen gestritten. [mbu]

- www.katholikentag.de

Wohnst du noch, oder lebst du schon?

Ausufernde Städte, Mietwucher, Entfremdung – was unsere Städte brauchen, sind intelligente und originelle Formen des Wohnens. Daniel Fuhrhop präsentiert 66 Tipps, die Platz schaffen und zu mehr Wohnglück verhelfen – vom privaten Entrümpeln bis zur Wohngenossenschaft.

Daniel Fuhrhop

Einfach anders wohnen 66 Raumwunder für ein entspanntes Zuhause, lebendige Nachbarschaft und grüne Städte



oekom verlag, München
ca. 128 Seiten, Klappenbroschur, vierfarbig, mit zahlreichen Abbildungen
14,- Euro
ISBN: 978-3-96238-016-8
Erscheinungstermin: 19.03.2018
Auch als E-Book erhältlich



AUS DEN VERBÄNDEN

bdla-Position**Mehr urbaner Freiraum**

■ In der Baunutzungsverordnung steht rückwirkend ab Mai 2017 die sogenannte neue Baugebietskategorie „Urbane Gebiete“. Diese erlaubt „eine im Vergleich zum Mischgebiet breiter angelegte Nutzungsmischung. Damit soll auch Verkehr vermieden beziehungsweise reduziert und die Entstehung eines lebendigen öffentlichen Raums gefördert werden“, heißt es vonseiten der Bauministerkonferenz.

Für den Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) bietet die neue Kategorie Chancen: etwa die Entwicklung Nutzungsgemischter Quartiere, die gut mittels umweltfreundlicher Verkehrsmittel wie Bus, Bahn und Fahrrad erschlossen werden können, sowie kurze Wege zwischen Wohnen, Arbeiten, Nahversorgung und Freizeitangeboten. Dadurch könne auch zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden, der derzeit in vielen Großstädten benötigt wird. Er sollte vor allem innerhalb der Stadtgrenzen entstehen, anstatt der Suburbanisierung weiter Vorschub zu leisten. [mbu]

► www.bdla.de

Wachstumskritik**Interviewheft zu Umweltengagement erschienen**

■ Die Umweltverbände gehören zu den mitgliederstärksten und am besten vernetzten Organisationen in Deutschland. Sind die Verbände wichtiger denn je, damit unsere Gesellschaft zukunftsfähig wird? Was müssen sie tun, um wirkmächtig zu bleiben? Dazu hat der Verein denkhausbremen mit AktivistInnen und MitarbeiterInnen von BUND, Greenpeace, Konzeptwerk Neue Ökonomie, NABU, NaturFreunde und WWF Gespräche geführt. Letztendlich lässt sich die Botschaft der Gespräche

auf die Formel bringen: „Umweltverbände – raus aus der Komfortzone“. Die Interviews sind nachzulesen auf der Website von denkhausbremen. [mbu]

► Das neue Heft zum Download: www.denkhausbremen.de/de/neues-interviewheft-zur-wachstumskritik-in-den-umweltverbaenden

EHRENAMT

Naturschutz**12. Langer Tag der Stadtnatur**

■ Mitte Juni ist es wieder so weit: 26 Stunden lang veranstaltet die Stuftung Naturschutz Berlins größtes Naturfestival. An 150 Orten in der ganzen Stadt gibt es 500 Aktionen und Führungen. Seit Mai ist das Programm veröffentlicht und online herunterzuladen. Veranstaltungshotspots sind in diesem Jahr: Botanischer Volkspark Pankow, Britzer Garten, Natur-Park Südgelände, Naturschutzpark Marienfelde, Wasserwerk Friedrichshagen, WBM Oase, Landschaftspark Glienicke. Zu den Programmhilights gehören diesmal: Schiffstouren mit dem Wildtierexperten Derk Ehlert, Kanutouren, Fahrradtouren, Urban Gardening, Heilkräuterführungen, Nachtwanderungen, Bienenführungen, Beobachtungen im Eisvogelrevier und vieles mehr. [mbu]

► www.langertagderstadtnatur.de

Artensuche**GEO-Tag der Natur**

■ Mitte Juni machen sich bundesweit Interessierte wieder auf die Pirsch, um die Vielfältigkeit von Fauna und Flora zu erkunden. In Görlitz, am Bodensee, in Frankfurt an der Oder, in Bönebüttel, Schleswig-Holstein, in Österreich oder in der Schweiz erwarten die Veranstalter über 12.000 Menschen, die am 20. GEO-Tag der Natur teilnehmen. Sie gehen raus

in die Natur und entdecken die Artenvielfalt – vielleicht auf einem Biohof, in einem Quellgebiet, in einem Wald, am Meer oder in den Bergen.

Veranstaltungen in der eigenen Region sind zu finden unter: www.geo-tagdernatur.de/suchen. Die ersten Aktionen sind schon gelaufen, es folgen weitere, etwa eine Nachtwanderung, bei der man den Ziegenmelker – auch Nachtschwalbe genannt – und seinen Lebensraum beobachten kann. Für alle Aktionen und Veranstaltungen stehen Materialien – Plakate, Postkarten, Poster und Urkunden – für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Das Bestellformular befindet sich auf der Internetseite zum Download. Die Heinz Sielmann Stiftung fördert den 20. GEO-Tag der Natur und bietet zudem zahlreiche Aktionen auf ihren Flächen an. [mbu]

► www.geo-tagdernatur.de

Demokratie fördern**Tag der offenen Gesellschaft**

■ Eine aufgeschlossene Gesellschaft gibt es nur dann, wenn genug Menschen für sie eintreten. Am 16. Juni heißt es wieder: Ein ganzes Land tischt auf und setzt ein Zeichen. Für die Demokratie, für Offenheit, Gastfreundschaft, Vielfalt und Freiheit.

Gegen Fremdenfeindlichkeit, Fake news, Hass und Hetze im Netz und für ein gutes Miteinander wird auf Gehwegen, Marktplätzen und Hausdächern, in Parks, Gärten oder am Strand der Tisch gedeckt, um zu feiern: ein Dinner für die Demokratie. Egal ob jung oder alt, konservativ oder weltverbesserisch, schon heimisch oder gerade erst angekommen: Am Tag der offenen Gesellschaft treffen sich alle und zeigen gemeinsam Haltung.

2017 waren bereits mehr als 20.000 Menschen dabei – von Aachen bis Cottbus, von Bremen bis Freiburg. Selbst in Finnland, Portugal und Italien luden Menschen zur Tafel. Feiern Sie mit, damit diese gute Tradition fortgesetzt wird. [mbu]

► www.die-offene-gesellschaft.de/16juni

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Ideenwettbewerb

Grenzenlose Energiewende

■ Zwar findet die erste Deutsch-Französische Energiewendewoche erst kommenden Jahr rund um den Tag der deutsch-französischen Freundschaft am 22. Januar statt. Aber der Startschuss für den Ideenwettbewerb ist bereits gefallen. Noch bis zum 6. Juli 2018 können Interessierte ihre Vorschläge für eine Klimaschutzaktion einreichen.

Während der geplanten Woche, die vom Klima-Bündnis und Energy Cities koordiniert wird, sollen Kommunen und Verbände aus beiden Ländern kreative, leicht umzusetzende und öffentlichkeitswirksame Klimaschutzaktionen durchführen. An dem Wettbewerb können sich Verbände und Organisationen in Frankreich und Deutschland beteiligen, die vom 17. bis 27. Januar 2019 an der Deutsch-Französischen Energiewendewoche teilnehmen möchten. Die zwanzig besten Vorschläge werden ausgezeichnet und mit bis zu 6.000 Euro finanziert.

Ziel der deutsch-französischen Energiewendewoche ist, die Zusammenarbeit zwischen Städten beider Länder zu verstärken und zum Engagement für die Energiewende aufzurufen. Sie wird unter anderem vom Bundesumweltministerium gefördert. [mbu]

► www.energiendewoche.de

Europapreis

Blauer Bär 2018 verliehen

■ Am 9. Mai haben die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland und die Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa Berlinerinnen und Berliner für ihr europapolitisches Engagement ausgezeichnet. Der Europapreis Blauer Bär würdigt Menschen, die sich freiwillig und unentgeltlich mit ihren Projekten für die europäische Idee einsetzen. Das Preisgeld beträgt insgesamt 2.000 Euro.

Anlässlich des Europäischen Kulturerbejahres 2018 wurde ein Sonderbär für

beispielhaftes Engagement zur Sichtbarmachung und Bewahrung europäischen Kulturerbes vergeben. Ihn bekam der Verein „Steine ohne Grenzen“, der mit seiner Skulpturenstraße Orte des Friedens und der Völkerverbindung schafft.

Den großen Blauen Bären erhielt Katja Sinko, Initiatorin von The European Moment. Die Kampagne hat sich zur Aufgabe gemacht, europäische Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen und demokratische Mittel für die Durchsetzung von Ideen und Rechten zu nutzen. So hat sie etwa den Anstoß für die E-Petition „Bundestag mach's europäisch!“ gegeben.

Ein kleiner Blauer Bär ging an das Berliner Team der Initiative #FreeInterrail. Ihr Vorstoß, allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern zum 18. Geburtstag einen Gutschein für ein Interrailticket zur Verfügung zu stellen, hat auch das EU-Parlament überzeugt. Und so wird diese Idee ab Sommer 2018 für bis zu 30.000 junge Menschen in Europa Realität.

Einen weiteren Bären erhielt der Verein „Polis 180“, der sich in innovativen Formaten für mehr demokratische Partizipation und politische Themen einsetzt, beispielsweise im Projekt „Alternative Europa!“ oder im Podcast „Brüsseler Bahnhof“. [mbu]

► www.berlin.de/sen/kulteu

Deutscher Mobilitätspreis 2018

Clevere Lösungen gesucht

■ Unter dem Motto „Intelligent unterwegs – Innovationen für eine nachhaltige Mobilität“ suchen die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und das Bundesverkehrsministerium (BMVI) zehn wegweisende Best-Practice-Projekte für den Deutschen Mobilitätspreis 2018. Ob mobile Sharingangebote, vernetzte Fahrzeuge oder elektronische Tickets: Prämiert werden zehn Projekte, die mit digitaler Innovation dafür sorgen, dass Verkehr und Logistik nachhaltiger werden. Im Herbst werden die Siegerinnen und Sieger dann persönlich im Bundesverkehrsministerium in Berlin geehrt. [mbu]

► www.deutscher-mobilitaetspreis.de

Impressum

 umwelt aktuell Juni 2018
 ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzing, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hjh] (gesamtverantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Katrin Meyer [km], Lavinia Roveran [lr], Ann Wehmeyer [aw]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Finn Gröschel [fg], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 29

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg. **Fotos:** Titel © DLR; S. 3 © Jan Steffen, GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel. **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-80399 Bobingen. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circleoffset White, von Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Mona Fricke, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.